



## Trauer um Dr. Klose

15.2.2022 – Der Landtag hat Abschied von seinem langjährigen früheren Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (Foto) genommen. Die Abgeordneten gedachten des CDU-Politikers vor Beginn der Sondersitzung mit einer Schweigeminute. Er war am 7. Februar 2022 im Alter von 86 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Klose als einen „leidenschaftlichen Parlamentarier“, der durch seine „herausragende Persönlichkeit“ die Entwicklung und politische Kultur des Landes über Jahrzehnte mitgestaltet habe. „Wir verlieren einen Kämpfer für Demokratie und Freiheit.“ Sein vier Jahrzehnte währendes Wirken im Landtag sei geprägt gewesen von einer beeindruckenden Sachkenntnis, unermüdlichem Engagement und großer Fairness.

Klose war 18 Jahre lang (1982–2000) Vizepräsident des Landtags und gehörte dem Parlament insgesamt 39 Jahre an (1966–2005). In dieser Zeit wirkte er auch als Ausschussvorsitzender sowie als Justiziar und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Von 1994 bis 1999 war er Bürgermeister seiner Heimatstadt Korschenbroich. Geboren wurde er 1935 im brandenburgischen Rüdersdorf. Er studierte Rechts- und Wirtschafts- sowie Politische Wissenschaft in Berlin und Köln.

## Änderungen im Schulrecht

16.2.2022 – Das Parlament hat Änderungen im Schulrecht beschlossen. Seit September vergangenen Jahres hatten Abgeordnete und Sachverständige über den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für das „Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (16. Schulrechtsänderungsgesetz)“ diskutiert. Es geht um neue Freiräume und Möglichkeiten für Schulen, eigene Entscheidungen zu treffen, etwa bei der Gestaltung des Unterrichts und digitalen Angeboten. „In Zeiten pandemiebedingter Einschränkungen des Schulbetriebs war die Anwendung von digitalen Systemen ein Kernelement der pädagogischen Kommunikation und Arbeit. Auch außerhalb von Pandemiezeiten werden solche Instrumente künftig weiterhin und verstärkt von den Schulen genutzt werden“, schreibt die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf. Auch werde Digitalisierung explizit Gegenstand des Bildungs- und Erziehungsauftrags. Weitere Änderungen betreffen eine stärkere Mitwirkung der Eltern- und Schülerschaft, die Herausbildung einer europäischen Identität und ein von jeder Schule einzurichtendes Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/15911](#)) wurde in zweiter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten SPD, Grüne und AfD. Ein Änderungsantrag der AfD ([17/16559](#)) wurde ebenso wie ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen ([17/16546](#)) abgelehnt.

## A45 – Hilfe für die Region

16.2.2022 – Die schwierige Verkehrssituation in und um Lüdenscheld hat das Plenum beschäftigt. Seit Anfang Dezember 2021 müssen Transit- und Ortsverkehr wegen der vollgesperrten Autobahn 45 ausweichen, deren marode Talbrücke Rahmede gesprengt werden muss. Mit einem Antrag will die Grünen-Fraktion „die von der Brückensperrung der A45 betroffene

Region unterstützen und entlasten“ ([17/16465](#)). Die Landesregierung solle u. a. beim Bund auf einen schnellen und rechtssicheren Neubau der Brücke hinwirken, eine koordinierende Ansprechperson vor Ort einsetzen und einen Hilfsfonds für Lärmschutz, Schadenersatz und weitere Zwecke einrichten. Vorsorge sei nötig: Eine solche Verkehrskatastrophe dürfe sich nicht wiederholen. Ebenso Grundlage der Debatte war der SPD-Antrag „Lebensader A45 durchtrennt – Menschen, Wirtschaft und Kommunen in Südwestfalen brauchen verlässliche Hilfen!“ ([17/16481](#)). Die Fraktion verweist u. a. auf „massiv gestiegene Emissionen“, in Mitleidenschaft gezogenes Privateigentum und die belastete regionale Wirtschaft. Entsprechende Hilfestellung sei zu leisten. Die Fraktion fordert ebenfalls u. a. einen Sonderfonds, ein Koordinierungsbüro vor Ort und einen engen Austausch mit den lokalen Akteuren. Der Antrag der Grünen wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen. Der SPD-Antrag wurde abgelehnt.

## Opferschutz

16.2.2022 – Der Landtag hat die Errichtung einer „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/15877](#), [17/16498](#)) wurde einstimmig angenommen. Die Stiftung soll einen Fonds verwalten, aus dem Opfer von Gewalttaten finanzielle Leistungen erhalten können. Mit dem Geld könnten sie zum Beispiel Akutbedarfe decken oder erforderliche Zahlungen leisten. „Menschen, die unverschuldet Opfer einer Gewalttat geworden sind, haben nicht unbedingt Anspruch auf finanzielle Hilfen“, heißt es im Antrag. So komme es „regelmäßig vor, dass ein grundsätzlich bestehender zivilrechtlicher Schadenersatzanspruch der Betroffenen nicht befriedigt werden kann, weil der Täter mittellos ist“. In anderen Fällen könnten staatliche Leistungen des Opferentschädigungsgesetzes nicht gewährt werden, „weil die immer



noch relativ engen rechtlichen Voraussetzungen dieses Gesetzes (...) nicht erfüllt sind“. Im schlimmsten Fall seien Opfer von Gewalttaten dann auf Sozialhilfe angewiesen.

## Kinderschutzkommission

16.2.2022 – Die Kinderschutzkommission hat im Landtag ihren Jahresbericht 2021 vorgestellt (Vorlage [17/6309](#)). Sie war im November 2019 auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingerichtet worden. Die Schwerpunktthemen des vergangenen Jahres seien „Kinder- und Jugendmedienschutz/sexualisierte Gewalt und digitale Medien“, „Bildung und Schule“ sowie „Polizei und Justiz“ gewesen, berichtete Vorsitzende [Britta Altenkamp](#) (SPD). Zudem habe die Kommission ein Gutachten zu „Organisation, Struktur, Größe, Standards, Qualität, Fortbildung und Weiterbildung in nordrhein-westfälischen Jugendämtern“ in Auftrag gegeben. In diesem

Zusammenhang empfehle man, die Schaffung von „Jugendämterverbünden“ zu prüfen, heißt im Bericht. Durch den Zusammenschluss kleinerer Jugendämter in NRW könnte deren Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Die Kinderschutzkommission hat im vergangenen Jahr insgesamt neunmal getagt.

## Große Anfrage: Abfallwirtschaft

16.2.2022 – Um die Zukunftsfähigkeit der Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ging es in einer Großen Anfrage ([17/14402](#)) der Grünen-Fraktion und der Antwort der Landesregierung ([17/15753](#)). Die Fraktion hatte rund 180 Einzelfragen zu sechs Themenkomplexen gestellt. Themen waren die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, Deponiekapazitäten, gefährliche Abfälle, Altlasten, Baustoffrecycling sowie Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen auf Deponien. Die Antwort der Landesregierung umfasst 94 Seiten. Acht Ministerien seien an der Beantwortung beteiligt gewesen.

## Schutz vor Sexismus

17.2.2022 – Die Landesregierung soll eine Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne zum Thema „Sexismus“ auflegen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/16482](#)) hat der Landtag mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen bei Gegenstimmen der anderen Fraktionen. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern solle die Landesregierung zudem die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen und sich dabei mit Beratungsstellen sowie weiteren „zivilgesellschaftlichen Akteuren“ vernetzen. „Sexismus wird als Sammelbegriff für eine Vielzahl von Darstellungs-, Ausdrucks-, Übergriffs- und Herabwürdigungsformen verstanden“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Mit Sexismus gingen stets Abwertung, Diskriminierung und Hass einher, „die im schlimmsten Falle zu körperlicher Gewalt führen können“. Sexismus habe in einer offenen Gesellschaft keinen Platz und widerspreche einem respektvollen Umgang miteinander.

## Verpflichtung

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), hat am 15. Februar 2022 Falk Heinrichs (SPD) als neuen Abgeordneten verpflichtet. Der Präsident hieß den Abgeordneten herzlich willkommen und wünschte ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit „zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens“. Der 61-jährige Berufssoldat aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein rückt für den SPD-Abgeordneten Hubertus Kramer nach, der am 24. Januar 2022 nach schwerer Krankheit gestorben war. Heinrichs gehörte dem Landesparlament bereits von 2012 bis 2017 an.

Foto: Schälte







## Große Anfrage: Ländlicher Raum

17.2.2022 – Knapp 300 Fragen hat die SPD-Fraktion an die Landesregierung gerichtet, um sich ein Bild zu verschaffen über die „Chancen für das Leben auf dem Land – Entwicklungsperspektiven der ländlichen Räume in NRW“ ([17/13205](#)). Es handle sich in NRW nicht um klassische ländliche Räume, die durch die land- oder forstwirtschaftliche Produktion dominiert würden, sondern um Regionen unter starkem urbanen Einfluss. Sie hätten sich zunehmend zu einem Schwerpunkt für Gewerbe und Industrie entwickelt mit guter Ausgangssituation im bundesdeutschen Vergleich. Es gelte, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel und einem mangelnden Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr zu begegnen. In ihrer Antwort ([17/14894](#)) auf die Große Anfrage der SPD erläutert die Landesregierung auf 536 Seiten Text und Tabellen den derzeitigen Zustand und Perspektiven für den ländlichen Raum, in dem mit rund 5,3 Millionen Menschen knapp ein Drittel der NRW-Bevölkerung lebt. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/16549](#)) wurde abgelehnt.

## Windanlagen im Wald

17.2.2022 – Die AfD-Fraktion hat in einem Antrag ([17/16476](#)) gefordert, dass der Bau von Windkraftanlagen in Waldgebieten „ausnahmslos“ untersagt werden solle. Bereits jetzt zeige sich, dass „der massive Ausbau der Windindustrialisierung“ auf immer größeren Widerstand bei der örtlichen Bevölkerung stoße, heißt es im Antrag. Vögel, Fledermäuse und andere flugfähige Tierarten fänden „in beachtlicher Anzahl den Tod durch die Rotorblätter der Anlagen“. Zusätzlich wirkten sich die mit dem Anlagenbau einhergehenden Waldrodungen nachteilig auf die bestehende Fauna aus, indem der heimischen Tierwelt große Flächen als Nahrungs- und Rückzugsbereich entzogen würden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

## Wohnraum

17.2.2022 – Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, Wohnraum für Familien und ältere Menschen zu fördern. Grundlage sind zwei Anträge der Fraktionen von CDU und FDP ([17/16484](#) Neudruck; [17/16486](#)), die mit Mehrheit angenommen wurden. Die Landesregierung solle u. a. das bestehende Programm „Jung kauft Alt. Junge Menschen kaufen Bestandsimmobilien“ erhalten, stärken und weiterentwickeln. Dabei sollen Familien gefördert werden, die ältere Immobilien kaufen möchten. Die Landesregierung solle zudem prüfen, ob ein Programm „Jung kauft Alt Plus“ durch ein Modellprojekt in mindestens zehn Kommunen gefördert werden könne. Bei diesem Programm solle der Wohnungstausch gefördert werden, schreiben die Fraktionen: Seniorinnen und Senioren suchten oft eine kleinere und altersgerechte Wohnung, während Familien Ausschau nach einem größeren Zuhause hielten. Beim Tausch von Mietwohnungen zwischen den Generationen sollen Renovierungsarbeiten gefördert und bisherige Mietkonditionen für fünf Jahre garantiert werden. Zudem sollen Förderangebote zum Thema „Wohnen im Alter“ gestärkt und bauliche Barrieren abgebaut werden. Zwei Entschließungsanträge der SPD ([17/16575](#), [17/16576](#)) wurden abgelehnt.

## Aktuelle Stunde: Energiepreise

18.2.2022 – Der Landtag hat in einer aktuellen Stunde über die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundenen Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher debattiert. Der Aussprache lagen Anträge der Fraktionen von AfD ([17/16543](#)) sowie CDU und FDP ([17/16544](#)) zugrunde. **Christian Loose** (AfD) kritisierte, die Landesregierung schalte reihenweise Kraftwerke ab und verfolge die „dümmste Energiepolitik der Welt“. Das treibe die Preise nach oben, wovon Russland und Frankreich profitierten. Abgeschaltete Kraft-

werke müssten wieder in Betrieb genommen werden, um Energiepreise zu senken. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikate sollten „wieder in den Markt gegeben“ oder abgeschafft werden. **Dr. Christian Untrieser** (CDU) sagte mit Blick auf seinen Vorredner: „Sie vermengen und vermischen alles.“ Wahr sei, dass die Bürgerinnen und Bürger für Energie mehr bezahlen müssten. Um der Preissteigerung entgegenzuwirken, müssten u. a. die EEG-Umlage und die „anachronistische“ Stromsteuer abgeschafft sowie die Mehrwertsteuer auf Energie gesenkt werden. **Dietmar Brockes** (FDP) sagte: „Hohe Energiepreise gefährden die Akzeptanz der Energiewende.“ Sie drohten auch zum Bremsklotz einer wirtschaftlichen Erholung zu werden. Die Erneuerbaren Energien seien nun nahezu wettbewerbsfähig. Die EEG-Umlage, die die Verbraucherinnen und Verbraucher belaste, könne deshalb abgeschafft werden. **Dietmar Bell** (SPD) kündigte an, seine Fraktion wolle die soziale Dimension der gestiegenen Energiepreise in den Fokus rücken, ebenso die Lenkungswirkung bestimmter Maßnahmen. Außerdem gelte es, einen starken Standort NRW zu sichern. Dazu gehörten ausdrücklich wettbewerbsfähige Energiekosten für die energieintensiven Unternehmen. **Wibke Brems** (Grüne) kritisierte, alle Vorschläge der Koalition beträfen den Bund. Es werde keine Maßnahme genannt, die die Landesregierung umsetzen könne, um die Menschen zu entlasten. Dies sei „schwach“. Die Forderungen würden mehr als 20 Milliarden Euro Belastungen für den Bundeshaushalt bedeuten. Es werde aber nicht gesagt, woher das Geld kommen solle. Dies sei „unseriös“. Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) verwies darauf, dass die Landesregierung ein Maßnahmenpaket in den Bundesrat eingebracht habe, um die Energiekosten zu senken. So müsse der Strom von staatlichen Steuern und Belastungen befreit werden. Pinkwart begrüßte, dass die Bundesregierung die EEG-Umlage abschaffen wolle. Sie verteuere den Strom und sei sozial ungerecht.